

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Erfolge werden von Woche zu Woche sichtbarer

Regierungserklärung von Bundesverteidigungsminister de Maizière zur Neuausrichtung der Bundeswehr

Zum Stand und zu den Perspektiven der Neuausrichtung der Bundeswehr – rund drei Jahre nach ihrem Start – äußert sich Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière an diesem Donnerstag in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag. Bevor er zum eigentlichen Thema seiner Rede kam, erinnerte er, wie vor ihm bereits Bundestagspräsident Norbert Lammert, an den deutschen Soldaten, der am 4. Mai in Afghanistan gefallen ist. „Wir trauern um diesen Kameraden, sind in Gedanken mit den Angehörigen, mit denen der Generalinspekteur und ich auch sprechen konnten. Der Tod unseres Soldaten, wie aller Gefallenen, ist uns Auftrag und Verpflichtung für unsere Arbeit in Afghanistan, in allen Einsätzen. Und auch in Deutschland, auch im Grundbetrieb und auch in der Neuausrichtung.“

Die Neuausrichtung sei keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen – sie „ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage“, stellt de Maizière heraus. Sie sei nicht nur eine Strukturreform mit dem Aufbau, Umbau und Abbau von Behörden, mit Standortschließungen und Umgruppierungen von Einheiten und der Aussetzung der Wehrpflicht – sondern sie ist auch „ein geistiger Prozess, der das Selbstverständnis der Bundeswehr berührt“, so der Minister. „Sie ist ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr.“ Nicht nur aus nationaler Perspektive sei die Neuausrichtung elementar. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, unterstreicht de Maizière. Die Neuausrichtung schaffe die Vorausset- Seite 2

Durchbruch für die Endlagersuche

Der Deutsche Bundestag brachte das Gesetz für die Suche nach einem atomaren Endlager auf den Weg. In erster Lesung beschäftigten sich die Abgeordneten mit einem umwelt- und energiepolitischen Meilenstein, dem „Standortauswahlgesetz“. Möglich wurde dieser Durchbruch, der endlich Bewegung für die Festlegung eines Endlagers für radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken aus Deutschland bringt, durch eine historische Einigung. Bund und Länder haben unter der Leitung von Bundesumweltminister Altmaier die Grundlage für eine an der Sache orientierte Lösung gelegt. Mit dem Gesetz wird daher nicht nur die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle angegangen, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aussöhnung erreicht. Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung von einzelnen Standorten. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Es gilt das Prinzip der „weißen Landkarte“, das heißt: Die Suche ist ergebnisoffen, ohne Vorfestlegungen oder Vorab-Ausschluss bestimmter Standorte. Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann nunmehr der Bau des Endlagers starten.



In dieser Woche mit den Wirtschaftsuniern in Berlin: Jessica Kulitz (Zweitkandidatin der Bezirks-CDU für die Europawahl) und ihr Bruder Alexander Kulitz, der im Bundesvorstand der Wirtschaftsuniern für Internationales verantwortlich ist.

„Jetzt mein Freund werden auf Facebook!“

Josef Rief ist auf Facebook mit einem persönlichen Profil und mit einer Fan-Page präsent. www.facebook.com/josefriefmdb



zung dafür, dass Deutschland seine internationale Verantwortung auch sicherheitspolitisch und militärisch erfüllen könne, ergänzte er. „Sie ist ein deutliches Signal an unsere Verbündeten und Partner. Dort wird dies erkannt – und anerkannt“, stellte er weiter heraus. Demzufolge sei die Bundeswehr ein zentrales Instrument deutscher Sicherheitspolitik. Dazu müsse sie über die passenden Mittel, die richtigen Instrumente, gut ausgebildete Menschen und eine nachhaltige Finanzierung verfügen. Nur so könne sie der Politik ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Handlungsoptionen bieten.

Das Prinzip „Breite vor Tiefe“ mache eine Arbeitsteilung mit den Bündnispartnern innerhalb Europas und der NATO „überhaupt erst möglich“, so de Maizière. Der Ansatz würde Deutschland verschiedene sicherheitspolitische Optionen offenhalten. „Wir müssen nicht alles können, aber viel“, stellte er heraus. Um die Dimensionen der Reform deutlich zu machen, nannte der Minister ein paar wesentliche Eckdaten: Knapp 5.000 der 6.400 Organisationselemente werden umstrukturiert und sind direkt betroffen – die restlichen mindestens indirekt, beschrieb er. Welch ein hochkomplexes Gebilde die Bundeswehr ist, erläuterte er anhand eines Vergleichs mit einem global agierenden Konzern „mit bisher 300.000 Mitarbeitern an rund 400 Standorten, mit Kampftruppe, einem Luftfahrtunternehmen, einer Reederei, einem Krankenhausverbund, einem Logistikunternehmen, mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat“, führte er aus. „Ein solch komplexes Gebilde grundlegend zu verändern, ist überall schwierig“, betonte der Minister. „Nur: Die Bundeswehr ist kein global agierender Konzern. Wir sind die Bundeswehr mit einem hoheitlichen Auftrag.“

Darüber hinaus gab de Maizière einen Überblick über den weiteren Zeitplan der Neuausrichtung: „Spätestens 2017 wollen wir fertig sein“, betonte der Minister seine Zielvorgabe. Die konkreten Etappen bis dahin sehen so aus: Bis Ende des Jahres sind über die Hälfte der neuen Organisationselemente arbeitsfähig. Die neue Führungsorganisation wird bis Ende 2014 vollständig eingenommen, Verbände und Dienststellen bis Ende 2016 umstrukturiert sein. De Maizière stellte weiterhin heraus, dass die geplanten Strukturen demografiefest seien und auf einer realistischen Personalplanung basierten. Gleichzeitig betonte er, dass die Bundeswehr mit Blick auf die Personalgewinnung vor großen Herausforderungen steht. Mit der Wirtschaft stehe man dabei nicht in Konkurrenz um die jungen Menschen. „Wir sind Partner“, so de Maizière. Der Minister machte auch deutlich, dass die Neuausrichtung von Mitarbeitern und Soldaten sehr viel verlange: „Der Abschied von gewohnten Rollen und Aufgaben, von eingespielten Strukturen und Abläufen, von vertrauten Orten und Netzwerken, der Personalabbau und –umbau, all das

kostet Kraft und führt teilweise zu Unsicherheiten“, unterstrich er. Enttäuschung und Kritik begleiten jeden Veränderungsprozess, so der Minister, der versprach, dass das „Wie“ der Neuausrichtung in Zukunft besser vermittelt werden müsse als bisher. „Erfolge bei der Umsetzung der Reform werden jedoch von Woche für Woche sichtbar“, hob er heraus. Und resümierte abschließend: „Auf diesem Weg sollten wir weitergehen. Ich will ihn mit möglichst vielen gemeinsam gehen.“ ■

Neue Grundordnung für Banken steht

Der Deutsche Bundestag hat eine neue Grundordnung für Banken beschlossen. Nach intensiven Vorarbeiten verließ die christlich-liberale Koalition ihrer Überzeugung gesetzlich Nachdruck, wonach Haftung und Verantwortung auch an den Finanzmärkten nicht umgangen werden dürfen. Die Koalition tritt damit entschieden für die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft ein. Im Zentrum des von der Bundesregierung vorgelegten „CRD-IV-Umsetzungsgesetzes“ steht die Umsetzung der international verhandelten Basel-III-Regeln mit ihren schärferen Finanzierungsvorschriften sowie stärkeren Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten. Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte haben sich höheren Qualitätsanforderungen zu stellen. Auch werden variable Vergütungen gedeckelt, um Auswüchse zu begrenzen. Ein weiterer wichtiger Baustein in der Bankenregulierungspolitik der Koalition ist die Verabschiedung eines nationalen Trennbankengesetzes. Damit wird für eine verbesserte Abschirmung des Kundengeschäfts von Risiken aus spekulativen Geschäften gesorgt. Zudem müssen die Banken Pläne für ihre eigene Sanierung und Abwicklung vorweisen, sogenannte Bankentestamente. Das Argument, eine Bank sei zu groß oder zu vernetzt für eine Insolvenz, verliert an Bedeutung. Mit diesem Maßnahmenbündel verleiht die Koalition dem internationalen Regulierungsprozess im Bankensektor weitere Impulse.

Aktuelle Stunde zum Tempolimit 120

In einer Aktuellen Stunde ging es um die Forderung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel nach einem generellen Tempolimit auf Autobahnen. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer: „Sicherheit ist das ‚A und O‘ im Straßenverkehr. Jeder Verkehrstote und Verletzte ist einer zu viel. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Verkehrssicherheit in Deutschland zu erhöhen und dafür die richtigen Anreize zu schaffen. Dazu gehören unter anderem auch der Umbau von Unfallschwerpunkten, die Bereitstellung sicherer Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für intelligente Fahrzeugtechnik. Punktuelle Tempolimits sind sinnvoll, wo schlechte Sichtbedingungen herrschen oder **Seite 3**

andere Gründe die Verkehrssicherheit gefährden. Aber ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist nicht sinnvoll. Das ist reine Gängelei.“ Hintergrund: Mit der Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h unterbietet Sigmar Gabriel sogar noch die eigene Partei. Die SPD hatte sich in ihrem Parteitagbeschluss von 2007 auf 130 km/h geeinigt. ■

EU-Beitritt Kroatiens beschlossen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten am 9. Dezember 2011 einen Vertrag unterzeichnet, mit dem Kroatien als 28. Mitgliedstaat in die Europäische Union aufgenommen wird – unter der Voraussetzung, dass bis 1. Juli 2013 alle Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert haben. Bevor die Bundesregierung die Aufnahme Kroatiens in die Europäische Union ratifizieren kann, musste der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung über zwei dazu vorge-

legte Gesetzentwürfe entscheiden. Mit dieser Entscheidung kann die Ratifizierung des Beitritts zur Europäischen Union nun rechtzeitig vor dem 1. Juli 2013 in Deutschland abgeschlossen werden. Kroatien hat unter großen Anstrengungen viel für seinen EU-Beitritt getan, insbesondere seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005. Der aktuelle Bericht der EU-Kommission vom 23. März 2013 bestätigt die Beitrittsreife Kroatiens in vollem Umfang. ■

Zitat

«Kein Mensch glaubt daran, dass wir in fünf Jahren die D-Mark im Portemonnaie haben. Sondern es geht um die Frage, welchen Euro haben wir in fünf Jahren im Portemonnaie. (...) Die Frage stabiler Euro oder weichgespült ist eine zentrale Frage.»

(CDU-Generalsekretär Gröhe bei einer Konferenz der Deutschen Presse-Agentur mit zahlreichen Medienvertretern am Dienstag in Berlin) ■

06.05.2013 Staatssekretär Dr. Braun im Wahlkreis

Der Staatssekretär aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung Dr. Helge Braun kam auf Einladung von Josef Rief den Kreis Biberach. Tagsüber wurde u.a. die Firma Rentscher in Laupheim besucht. Am Abend sprach Helge Braun auf einer Bildungsveranstaltung des CDU-Kreisverbands. (v.l.n.r.): Peter Rogge, Dr. Nikolaus F. Rentschler, Dr. Helge Braun, Josef Rief und Laupheims Bürgermeister Rainer Kapellen.



14.05.2013 Pressemitteilung CDU Kreis Biberach: „Im Einsatz für bessere Infrastruktur nicht nachlassen“ CDU-Kreisvorstand bringt Resolution an Landesregierung auf den Weg

Biberach. Der CDU-Kreisvorstand setzt sich weiter massiv für die verkehrstechnische Infrastruktur im Landkreis Biberach ein. Die heimischen Christdemokraten formulierten eine Resolution an die Landesregierung und werden diese in den nächsten Tagen an die Grün-Rote Landesregierung in Stuttgart versenden. Die Kernforderung steht gleich zu Beginn der Resolution: Wir fordern die Landesregierung auf, die dringend notwendigen Verkehrsprojekte im Kreis Biberach beim Bund für die Neukonzeption des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) neu anzumelden. „Wir werden es nicht zulassen, dass der Landkreis Biberach vom Ausbau der Infrastruktur abgekoppelt wird“, formulierte CDU-Kreisvorsitzender Josef Rief die Ziele der Union. Ganz konkret geht es um folgende Straßenbauprojekte:

- Der Ausbau der B30 von Biberach Süd bis Oberessendorf - Bad Waldsee
- B311 OU Riedlingen für den Vordringlichen Bedarf, mindestens aber mit Planungsrecht.
- B312 OU Ringschnait-Ochsenhausen-Erlenmoos-Edenbachen in den Vordringlichen Bedarf
- B465 OU Warthausen in den Vordringlichen Bedarf
- B465 OU Ingerkingen in den Weiteren Bedarf
- B312 OU Göffingen-Hailtingen und Ahlen in den Weiteren Bedarf
- der Aufstieg Mettenberg zwischen Nordwestumfahrung und B30 darf nicht aus den Augen verloren werden.

Die immer wieder vorgebrachten Argumente, es sei kein Geld für solche Projekte vorhanden, weist die CDU zurück. „Das ist grün-rote Märchenstunde à la Münchhausen“, wird Josef Rief deutlich. Bisher ist von der Landesregierung lediglich die Ortsumfahrung Riedlingen mit 7,9 Mio. Euro Baukosten eingeplant, was lediglich 0,6 Prozent der Gesamtausgaben im Regierungsbezirk Tübingen sind. Die vorgenommene Streichung der Projekte an der B30, B312 und B465 aus der ersten Planung des Landes vom 19.03.2013 entsprechen unter 10% der gesamten Planungssumme für den Regierungsbezirk Tübingen von ca. 1,33 Mrd €. Bei einem Bevölkerungsanteil von 10,5% und einem Flächenanteil von sogar 15,8%. „Wenn die Kosten der Straßenbaumaßnahmen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur Fläche oder gar unserem Steueraufkommen gesetzt werden, lässt sich die Benachteiligung des Landkreises Biberach beweisen“, argumentiert CDU-Mann Rief. Daher fordert der heimische CDU-Kreisverband die Landesregierung auf, diese offene einseitige Benachteiligung des Landkreises Biberach zurückzunehmen und alle geforderten Projekte beim Bund anzumelden.